



Andrea Rahn-Farr, 47, auf ihrem Hof in der Wetterau

Fotos Felix Schmitt

Aufstand im Kuhstall

Auf dem Hof Preiserle, zehn Kilometer von Büdingen auf einem Höhenzug in der Wetterau gelegen, ist in der Nacht ein Kälbchen zur Welt gekommen. Auf wackligen Beinen steht es im Stroh, eine Decke wärmt das Neugeborene in der frischen Winterluft. Das Tier hat große dunkle Augen, sein Fell ist schwarz-weiß gefleckt, ab und zu lässt es ein zartes Muehen hören. Süß. In die Ohren sind gelbe Erkennungsmarken gezwickt: Nummer 45 859. Einen Namen wird dieses Kälbchen nie haben, seine Mutter wird es nicht mehr wiedersehen. In zwei Wochen wird es an einen Mastbetrieb verkauft werden, für 90 Euro. Nachschub für die Fleischerzeugung.

Andrea Rahn-Farr, die den Hof Preiserle zusammen mit ihrem Mann betreibt, mustert das Kälbchen im Vorbeigehen, kontrolliert den Eimer voll blubriger Muttermilch, der am Gatter vor der weißen Kunststoff-Box des Kalbs angebracht ist. Der Eimer mit der Muttermilch ist dunkelgrün, auf Rahn-Farrs Hof bedeutet das: In der Box steht ein männliches Kalb. Für die Weibchen gibt es rosa Eimer. Süß? „Wenn ich die Kälbchen erst einmal bei den Müttern lassen würde, hätte ich sie nicht so gut im Blick, es gäbe mehr Verluste, das können wir uns nicht leisten“, sagt Rahn-Farr. Einem etwas älteren Kälbchen in der Nachbar-Box streckt sie ihre Finger hin, schmatzend saugt das Tier daran. „Wir prägen die Kälber von Anfang an bewusst auf uns Menschen“, sagt die Milchbäuerin. „Wenn Mutter und Nachwuchs erst einmal eine Bindung zueinander aufgebaut habe, gibt es später nur Scherereien bei der Trennung. Gleich nach der Geburt ist es den Mutterkühen dagegen noch völlig wurscht, wenn wir ihnen die Kälber wegnehmen.“

Es ist nicht die Zeit für Bauernhofromantik. Die Landwirtschaft, von der Mehrheit der Bevölkerung in der Industrialisation Deutschland jahrzehntlang bloß am Rande wahrgenommen und von der Politik üppig subventioniert, ist zum gesellschaftlichen Streitthema geworden. Sind die Landwirte, zumindest die nicht nach den Vorgaben der Bioverbände wirtschaftenden, schuld an Erderwärmung, Tierleid und Wasserverschmutzung? Sind sie, von Profitstreben getrieben, blind geworden für die Verletzlichkeit der Umwelt? Das werfen ihnen die Demonstranten vor, die am Samstag in Berlin für eine ökologische „Agrarwende“ auf die Straße gegangen sind, rechtzeitig zum Beginn der Grünen Woche, der größten Agrarmesse der Welt.

Zwanzig Jahre war Andrea Rahn-Farr als Landwirtin glücklich. Jetzt rebelliert sie gegen die Agrarpolitik.

Von Sebastian Balzter



Eines der grünen Kreuze, die Andrea Rahn-Farr am Rand ihrer Felder aus Protest aufgestellt hat.

Oder sind die Landwirte nicht Täter, sondern Opfer, denen immer neue Umweltschutzvorschriften die Luft zum wirtschaftlichen Überleben abschnüren? So argumentiert eine neue Protestbewegung mit dem gewöhnungsbedürftigen Namen „Land schafft Verbindung“, im vergangenen Herbst gegründet. Grüne Kreuze auf den Feldern, Mahnfeuer auf dem Land, „Traktor-Flashmobs“ auf Straßenkreuzungen, Sternfahrten nach Bonn und Berlin: So kämpft die Bewegung, die auf Abstand zu den etablierten Lobbyorganisationen Wert legt, für ihre Sache.

Tausende Landwirte folgen den über WhatsApp und Facebook verbreiteten Aufrufen. Es ist ein Bauernaufstand, in dem sich die Entfremdung von Stadt und Land genauso wiederfindet wie das Unverständnis, mit dem sich Umweltbewegte und Skeptiker gegenüberstehen. So sehr fühlen sich die Landwirte nun bedrängt, dass selbst Andrea Rahn-Farr sich der Bewegung angeschlossen hat. In Bonn hat sie mitdemonstriert. In der Wetterau, nördlich von Frankfurt, sowieso.

Dabei plagen sie keine Existenzängste. Sie erfüllt auch nicht das Klischee der Mistgabel schwingenden Wutbäuerin. Dafür ist Rahn-Farr, 47 Jahre alt und Mutter von drei Kindern, viel zu besonnen. Sie hat Agrarwissenschaften studiert, ist Vorsitzende des Regionalbauernverbands, sitzt für die FDP im Stadtrat von Büdingen, wo es vier Abgeordneten der rechtsextremen NPD zu begegnen gilt. Für plumpe Parolen hat Rahn-Farr vielleicht auch deshalb nichts übrig. Sie zielt im Gespräch stattdessen beiläufig Adam Smith, den schottischen Ökonomen aus dem 18. Jahrhundert, der als Begründer des Wirtschaftsliberalismus gilt. Die Fördermittel, 90 000 Euro im Jahr für ihren eigenen Hof, bezeichnet sie als „süßes Gift“, das die Bauern in die Unselbständigkeit getrieben habe. „Mir wäre es lieber, wir könnten von unseren Produkten leben.“ Aber dafür seien die Preise auf dem Weltmarkt für Agrarprodukte zu niedrig, weil anderswo die Regeln nicht so streng seien wie in Deutschland. Es ist eine schwierige Erkenntnis für eine FDP-Anhängerin, dass der Freihandel ihr womöglich mehr schadet als nutzt.

Was bringt eine Landwirtin wie sie jetzt dazu, auf die Straße zu gehen? „Das Agrarpaket von Klöckner und Schulze hat das Fass zum Überlaufen gebracht“, antwortet Rahn-Farr. Die Landwirtschafts- und die Umweltministerin haben sich auf eine Gesetzesinitiative zum Wohle von Insekten und Gewässern geeinigt. In Schutzgebieten sollen die Landwirte künftig keine Pestizide mehr ausbringen

dürfen. „Das betrifft hier in der Wetterau rund 3500 Hektar.“ Selbst sei sie nicht davon betroffen, aber es gehe ihr um ihre Kollegen. Und ums Prinzip. „In den Schutzgebieten werden die Erträge sinken. Ohne Ausgleichszahlung ist das eine Form der Enteignung, die wir uns nicht bieten lassen wollen“, sagt Rahn-Farr.

Das war am Donnerstagmorgen, ein paar Stunden nachdem das Kälbchen mit der Ohrmarken-Nummer 45 859 zur Welt gekommen war. Für den Rundgang über ihren Hof hatte sich Rahn-Farr Gummistiefel und einen grünen Fleecepullover angezogen, um den Hals hing das Headset ihres Mobiltelefons. Am Freitagmorgen ist Rahn-Farr zum ICE-Bahnhof nach Fulda gefahren und in den Zug nach Berlin gestiegen, zur Grünen Woche. Als ihre Mitstreiter in der Wetterau am Abend ihre Mahnfeuer anzündeten, betrieb Rahn-Farr in den Messehallen der Hauptstadt politische Kontaktpflege. Am Samstag, als zehntausend Öko-Freunde und Biobauern in Berlin gegen die konventionelle Landwirtschaft demonstrierten, nahm sie dort an einer agrarpolitischen Tagung der FDP teil. „Jeder an seinem Ort. Jeder da, wo er am meisten bewirken kann“, sagt sie. Bevor die neuen Insektenschutzvorschriften in Kraft treten können, müssen sie von Bundestag und Bundesrat beschlossen werden. Noch kann es sich also lohnen, Politiker zu überzeugen. Die FDP ist immerhin in drei Landesregierungen vertreten. „Ich hoffe, dass die Bestimmungen noch entschärft werden“, sagt Rahn-Farr.

Die Wut der Landwirte hatte sich schon vor dem Agrarpaket angestaut, sie ist seitdem nicht geringer geworden. Fördermittel würden heute bewilligt und morgen wieder gestrichen, kritisiert Andrea Rahn-Farr. Das mache Investitionen riskant, eine verlässliche Planung unmöglich. Belastungen wie der CO₂-Preis für Brennstoffe würden ohne Rücksicht auf die Landwirte beschlossen, die höhere Ausgaben für Agrardiesel kaum an ihre Kunden weiterreichen könnten. Ein Stiebel aller Treibhausgasemissionen, haben die Agrarwissenschaftler des Thünen-Instituts berechnet, lassen sich auf die Landwirtschaft zurückführen. „Aber indem wir den Boden bearbeiten und Feldfrüchte anbauen, tragen wir auch so viel zur Minderung der CO₂-Belastung bei wie keine andere Bevölkerungsgruppe“, hält Andrea Rahn-Farr dagegen.

In den Verhandlungen über die Düngemittelverordnung der EU, ein weiteres Dauer-Reizthema unter Landwirten, habe die Regierung den Fehler begangen, zur Bewertung der Wasserqualität vor-

nehmlich stark belastete Standorte heranzuziehen, weshalb Deutschland nun seine Regeln verschärfen soll. „Das ist, als ob man für den Pisa-Test nur die Ergebnisse von Fünfer-Schülern einreichen würde“, sagt Rahn-Farr. Aber warum folgt sie nicht dem grünen Trend und steigt einfach um auf Bio-Landwirtschaft, wo den Erzeugern auch noch höhere Preise gezahlt werden? „Erstens hätten wir dann auch höhere Kosten. Zweitens passt das nicht zu unserem Standort. Und drittens ist die Nachfrage zu gering. Die Molkereien nehmen keine zusätzlichen Bio-Lieferanten mehr an.“

Dazu muss man wissen: Der Bio-Marktanteil für Frischmilch liegt in Deutschland knapp unter 10 Prozent. Aber das Gros der Milchmenge geht in die Käse-, Rahm- und Milchpulverproduktion. Da ist Bio viel weniger gefragt. Dasselbe gilt für Gastronomie und Großküchen. Dass Verbraucher lautstark hohe Standards fordern, aber beim eigenen Einkauf dann vor allem auf den Preis achten, gehört zur ernüchternden Realität in der Branche. Andrea Rahn-Farr sagt es so: „Wenn alle, die heute grün wählen, auch Bio-Lebensmittel einkaufen würden, dann hätten wir deutlich weniger Probleme.“

Landwirtschaft ist nichts für zarte Seelen, erst recht nicht die Nutztierhaltung. Rosa Eimer für die weiblichen Kälbchen sind drin, Mitleid für die vom ersten Tag an für die Schlachtbank bestimmte Kreatur nicht. Den meisten Landwirten liegt das Wohlergehen ihres Viehs am Herzen, aber nicht aus selbstloser Tierliebe, sondern aus betriebswirtschaftlichen Gründen: Gesunde Kühe geben mehr Milch. Das weiß Andrea Rahn-Farr schon lange. Sie ist auf einem Bauernhof aufgewachsen, wenige Kilometer vom Hof Preiserle entfernt, den sie mit ihrem Mann in den vergangenen zwanzig Jahren zu einem der großen Milchviehbetriebe in der Region aufgebaut hat. Für ihren Beruf hat sie sich schon entschieden, als sie acht Jahre alt war. „Meine Mutter brachte meine kleine Schwester zur Welt, da durfte ich zum ersten Mal allein melken“, erzählt Rahn-Farr. „Seitdem wollte ich immer nur mit Kühen arbeiten.“

Der Wunsch ist in Erfüllung gegangen. Aber ist dabei das herausgekommen, was sie sich damals erträumt hat? „Ich möchte mit niemandem auf der Welt tauschen“, sagt sie. „Aber im Moment fühlt es sich so an, als sei Tierhaltung in Deutschland nicht mehr gewünscht.“ Die 450 Kühe auf dem Hof Preiserle geben rund 4 Millionen Liter Milch im Jahr. Rund 33 Cent je Liter bezahlt die Molkerei. 40 Cent müssten es sein, überschlägt

Rahn-Farr, wenn sie in der Vollkostenrechnung auch den eigenen Arbeits- und Kapitaleinsatz berücksichtigen wollte. Am Waldrand stehen die Fermenter einer Biogasanlage, die Stromerzeugung ist das zweite betriebswirtschaftliche Standbein des Hofes. Auf den Feldern rundum wachsen Gras und Gerste, Mais und Roggen. Futter für die Kühe, das auf insgesamt 375 Hektar angebaut wird. Das entspricht der Fläche von mehr als 500 Fußballfeldern. Zum Vergleich: In Hessen liegt die Fläche je Vollerwerbsbetrieb im Durchschnitt knapp unter 50 Hektar. Nur etwa jeder zehnte Milchviehhalter in Deutschland kommt auf mehr als 200 Kühe.

Ist das Massentierhaltung? „Ich halte nichts von Kampfbegriffen“, erwidert Rahn-Farr. „Entscheidend ist doch, ob es den Menschen und Tieren hier gutgeht oder nicht.“ Und da fällt ihr Urteil eindeutig aus. „Kleiner ist nicht automatisch besser“, sagt sie. Ihre Eltern und Großeltern hätten, weil es an Mitarbeitern und an Technik fehlte, ihren Hof kaum verlassen können. Das Vieh sei, wie damals üblich, angebunden in einem engen, dunklen Stall gehalten worden. Als ihr Mann und sie ihren gemeinsamen Hof kauften, rissen sie als Erstes eine Seitenwand des Stalls auf, damit die Kühe frische Luft und Auslauf bekamen. Heute kann Andrea Rahn-Farr in Berlin über Agrarpolitik diskutieren, weil zu Hause in der Wetterau eine Mitarbeiterin den Stalldienst übernimmt. Und was gerade im Abkalbestand los ist, wo die hochträchtigen Kühe untergebracht sind, kann die Chefin zur Not auch von Berlin aus mitverfolgen: Die Live-Aufnahmen der Videokamera im Stall lassen sich mit dem Smartphone abrufen.

Die Rahn-Farrs beschäftigen sechs festangestellte Mitarbeiter, dazu drei Aushilfen und drei Auszubildende. Zum Fuhrpark, Hausmarke John Deere, zählen zwei große Traktoren für die Feldarbeit, ein kleiner Hofschlepper und zwei Radlader. Vor drei Jahren haben Rahn-Farr und ihr Mann, ein Hofeier wie sie, für 2,5 Millionen Euro einen neuen Stall gebaut, licht und hoch, mit einem modernen Melkroboter. Es soll die letzte große Investition in ihrem Berufsleben gewesen sein, bis zur Rente soll der Stall abbezahlt sein. Einer ihrer beiden Söhne, 17 Jahre alt, macht gerade eine landwirtschaftliche Lehre. Wird er eines Tages den Hof übernehmen? Die Perspektive sei nicht gerade rosig, räumt Andrea Rahn-Farr ein. „Aber wenn wir die Landwirtschaft aus Deutschland vertreiben, dann haben wir irgendwann überhaupt keinen Einfluss mehr darauf, wie unsere Lebensmittel hergestellt werden.“